

Die rosa Welle ist gebrochen Das Wechselspiel progressiver und konservativer Bewegungen in Lateinamerika

Melisa Ross

Summary: Right-wing forces are on the rise in many Latin American countries. They take advantage of cultural, ethnic and political divisions to mobilize supporters and voters. The development is also a reaction to the "pink wave" of progressive parties who rose to government in the past two decades, and who had installed those cleavages on the political agenda in the first place. Both political camps tie in with the neoliberal legacy of the 20th century in different ways.

Kurz gefasst: In vielen Ländern Lateinamerikas sind rechte Kräfte auf dem Vormarsch. Sie nutzen kulturelle, ethnische und politische Spaltungen für die Mobilisierung von Anhänger*innen und Wähler*innen. Die Entwicklung ist auch eine Reaktion auf die „rosa Welle“, den Erfolg progressiver Regierungen seit der Jahrtausendwende, die soziale und wirtschaftliche Fragen überhaupt auf die politische Agenda hoben. Beide politischen Lager knüpfen auf verschiedene Weise an das neoliberale Erbe des 20. Jahrhunderts an.

Die politische Analyse spricht von einer „Linkswende“ oder einer „rosa Welle“ (*Pink Tide*), wenn sie die Veränderungen in Lateinamerika um die Jahrtausendwende beschreiben will. Linke und progressive Parteien gewannen in verschiedenen Ländern die Präsidentschaftswahlen: zuerst Hugo Chávez in Venezuela 1999, dann Lula da Silva in Brasilien 2002, Néstor Kirchner in Argentinien 2003, es folgten 2006 Evo Morales in Bolivien und weitere Kandidaten des linken Spektrums während desselben Jahrzehnts. 2011 lebten zwei Drittel der lateinamerikanischen Bevölkerung unter einer progressiven Regierung. Dieser Wahlerfolg fand mitten in institutionellen und wirtschaftlichen Krisen statt, er wurde getragen von Wählerinnen und Wählern, die sich so deutlich vom weit verbreiteten neoliberalen Modell und dessen schädlichen Auswirkungen auf die Institutionen, die Wirtschaft und das soziale Gefüge abgrenzten. Die neuen, linken Regierungen trieben institutionelle und soziale Reformen voran mit dem Ziel, Armut und Ungleichheit zu verringern, die durch die neoliberalen Reformen in den 1980er- und 1990er-Jahren ein erschreckendes Ausmaß erreicht hatten. Ihre Strategien, die umfassenden sozialen Schutz mit entwicklungsorientierter Wirtschaftspolitik kombinierten, werden häufig als „postneoliberal“ bezeichnet.

Ein wesentliches Charakteristikum solcher postneoliberalen Regierungen ist die Politisierung sozialer und wirtschaftlicher Fragen, die zuvor entsprechend dem neoliberalen Ansatz in die Sphäre von Bürokratie und Technologie verbannt waren. Politisierung bezeichnet einen Prozess, durch den Themen zum Gegenstand politischer Debatten gemacht werden, wodurch sie politischer Regulierung unterliegen und unter staatlicher Verantwortung stehen. Politische Maßnahmen wie die Begrenzung der Preise für Grundgüter oder finanzielle Unterstützung für informell Beschäftigte und Personen außerhalb der Sozialversicherung wurden so öffentlich diskutiert, Fragen wie staatliche Präsenz und institutionelle Pflicht neu formuliert. So konnten progressive Regierungen den allgemeinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung und direkte Transfers an Familien, die den Schulbesuch der Kinder sicherstellten, legitimieren und ehemals ausgeschlossene Gruppen, wie LGBT+ und ethnische Minderheiten, in politische Entscheidungsabläufe integrieren.

In den Andenstaaten wurden ethnische Spaltungen herangezogen, um die Reformen zu begründen, während die südamerikanischen Regierungen sich eher auf Klassen- und Einkommensungleichheiten beriefen. Die grundlegende Strategie war allen gemeinsam: Es wurde ein öffentlicher Diskurs über staatliche Anerkennung und Umverteilung angeregt, Allianzen mit sozialen Bewegungen wurden gesucht. Um die Legitimität ihrer Reformen zu stärken, setzten progressive Regierungen also auf die Politisierung der Sozialpolitik (als Instrument zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung), der Wirtschaft (als Raum für den Kampf um Souveränität und die Selbstbestimmung der Region), und, vor allem, des Staates. Die am stärksten links orientierten Regierungen spielten darüber hinaus mit gegen das System gerichteten Affekten, um sehr umstrittene institutionelle Reformen zu legitimieren. Das bekannteste Beispiel hierfür ist Venezuela, aber auch in Bolivien und Ecuador war es ähnlich. Diese Strategie hat der Politikwissenschaftler Samuel Handlin als „polarisierenden Populismus“ bezeichnet.

Solche Strategien, das Problem zu formulieren, wichen deutlich davon ab, wie die Rolle des Staates und der Politikgestaltung unter dem neoliberalen Konsens verstanden worden war – nämlich als Vehikel für die Deregulierung der öffentlichen Angelegenheiten und der Liberalisierung des Marktes. In den 1980er- und 1990er-Jahren war der Staat von wirtschaftlichen und politischen Eliten vereinnahmt und wurde so zum Gegenstand von Misstrauen und Protest. Durch die Politisierung des Staates während der Linkswende in den 2000er-Jahren wurde er zum Regulierungsapparat, der zugunsten der sozial Schwächsten wirken konnte – und musste. Der Staat wurde so neu interpretiert als zentraler Ort des Zuhörens und der Schlichtung sozialer Konflikte.

Der Erfolg der progressiven Strategien von Politisierung und Polarisierung in vielen Ländern Lateinamerikas forderte die Parteien rechts der politischen Mitte und andere konservative Kräfte heraus, sich neu zu organisieren und gleichsam eine neue Marke zu entwickeln. Es entstand eine neue Welle konservativer Regierungen, und parallel dazu flaute der Rohstoffboom ab, der die Staatseinnahmen erhöht und die Finanzierung progressiver Reformen gesichert hatte. Darüber hinaus waren in der Region viele ehemalige und aktuelle Amtsinhaber in Korruptionsskandale verwickelt, was das Vertrauen in linke und progressive Kräfte untergrub und das Misstrauen in den Staat verstärkte.

Dies spiegelte sich in seit 2010 kontinuierlich sinkenden Zahlen in Umfragen zur Zufriedenheit mit der Demokratie und zur Unterstützung für demokratische Institutionen. Im Latinobarómetro, der von einer in Chile ansässigen unabhängigen Non-Profit-Organisation erhoben wurde, erreichte die Unterstützung für die Demokratie 2018 einen historischen Tiefstand von 48 Prozent. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Regimetyp stieg von 16 Prozent im Jahr 2010 auf beachtliche 28 Prozent, was einen Rückgang der Identifikation mit der Links-rechts-Achse beweist. Gleichzeitig gaben seit 2015 über die Hälfte der lateinamerikanischen Bürger*innen an, dass sie keine bestimmte politische Partei unterstützen. Die Präferenz für ein demokratisches Regime im Vergleich zu anderen politischen Systemen ist ebenfalls in der ganzen Region zurückgegangen: von 79 Prozent im Jahr 2013 auf 65 Prozent 2018. In Brasilien sank sie um 25 Punkte und erreichte eine Unterstützung von knapp 56 Prozent; eine ähnliche Entwicklung ist in Venezuela und Chile zu beobachten, wo sie im gleichen Zeitraum um 20 Prozent sank. Diese Entfremdung vom demokratischen System geht Hand in Hand mit einer wirtschaftlichen Unzufriedenheit, einem Misstrauen gegenüber der politischen Klasse und den Institutionen sowie dem Unmut über die Unfähigkeit der Regierungen, angemessen auf Korruption, Kriminalität und Gewalt zu reagieren.

Zwei Strategien lassen sich erkennen, mit denen rechte Kräfte versuchen, aus dieser Stimmungslage Kapital zu schlagen. Einige konservative Parteien betonen traditionelle Werte und fordern die Rückkehr zum klassischen (neo)liberalen Verhältnis von Staat und Markt – mit unterschiedlichem Erfolg. In Argentinien zum Beispiel gelang es der liberalen Partei von Mauricio Macri, das kulturelle und politische Narrativ des Neoliberalismus der 1990er-Jahre zu nutzen, um 2015 nach drei Amtsperioden der progressiven *Frente para la Victoria* („Siegessfront“) die Macht zurückzuerobern. Ähnliche Programme und Diskurse wurden von Sebastián Piñera in Chile, Pedro Pablo Kuczynski in Peru und von Michel Temer in Brasilien vertreten, die zwischen 2016 und 2018 rechtsorientierte Parteien zurück in die Präsidentschaftsämter brachten.

Andere Akteure aus der politischen Rechten verfolgten radikalere Strategien. Sie nutzten die zunehmende Apathie in der Wählerschaft, die Korruptionsskandale, die wieder ansteigenden Armuts- und Ungleichheitsraten, und vor allem bedienten sie sich einer aufrührerischen Rhetorik über Klassenunterschiede und ethnische Spaltungen. In einigen Ländern waren die Mobilisierung im Internet und Allianzen mit konservativen und religiösen Gruppen wahlentscheidend – etwa bei Jair Bolsonaros Sieg in Brasilien 2018. Andere politische Reaktionen auf die Linkswende griffen auf eben jene Themen und Spaltungen zurück, die der bereits erwähnte „polarisierende Populismus“ genutzt hatte. Hier ist etwa an den Militärputsch zu erinnern, der 2019 Jeanine Áñez in Bolivien an die Macht brachte.



Melisa Ross ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Projekts LATINNO in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am WZB sowie Doktorandin an der BGSS Berlin Graduate School of Social Sciences an der Humboldt-Universität zu Berlin.

(Foto: David Ausserhofer)

melisa.ross@wzb.eu

Beide Spielarten der sich reorganisierenden rechten und konservativen Kräfte zielen auf die Rückkehr zu neoliberalen Prämissen. Die zweitgenannte allerdings stützt sich zunehmend auf rassistische, fremdenfeindliche und/oder autoritäre Diskurse. Kandidaten, die sich diese Form des polarisierenden und radikalisierenden öffentlichen Diskurses zu eigen machen, tauchen jetzt sogar in Ländern auf, in denen die eher liberale Rechte wieder erstarkt war (man denke an Manini Rios in Uruguay, José Luis Espert in Argentinien, Rafael López Aliaga in Peru oder Luis Fernando Camacho in Bolivien).

Der Aufstieg linker Parteien an die Macht hat in der ganzen Region eine starke Gegenreaktion hervorgerufen. Soziale und politische Reformen wurden durch die Betonung der Spaltungen legitimiert, aber genau diese Betonung hat die Spaltungen vertieft. Indem progressive Regierungen den Staat zum Träger des Widerstands machten, zum Sprachrohr sozialer Forderungen, trugen sie dazu bei, die Entpolitisierung der 1990er-Jahre zu überwinden. Durch die Mobilisierung politischer und kultureller Narrative feuerten sie allerdings auch die konservative Reaktion an, die sich auf Unterschiede zwischen Klassen und ethnischen Gruppen berief.

Der neoliberale Konsens und die konservativen Kräfte haben sich um diese Spaltungen herum kraftvoll neu organisiert und aus der Polarisierung gegen progressive und linke Modelle Kapital geschlagen, wie die ersten Wahlen dieses Jahres zeigen. Der Sieg des Bankiers Guillermo Lasso zum nächsten Präsidenten Ecuadors gegen Andrés Arauz, den Protegé des linken früheren Präsidenten Rafael Correa, und die Radikalisierung der Diskurse über „Sicherheit“ und „harte Hand“ in der extrem gespaltenen politischen Landschaft Perus deuten auf den Erfolg der konservativen Kräfte in einer neuen Art des Wahlkampfes hin.

Der Kontext und die Entwicklung der lateinamerikanischen Demokratien unterscheiden sich wesentlich von der politischen Situation in Deutschland und Europa. Dass polarisierende Themen gesetzt werden und konservative Kräfte ausgrenzende Diskurse bedienen, ist aber zum globalen Trend geworden. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die neuen, moderaten und teils unklar positionierten progressiven Kräfte (wie Andrés Manuel López Obrador in Mexiko oder Alberto Fernández in Argentinien) die Risse und die Polarisierung überwinden können, die die Pendelbewegungen zwischen Neoliberalismus und Post-Neoliberalismus hervorgebracht haben.

Literatur

Corporación Latinobarómetro: Informe Latinobarómetro 2019. Santiago de Chile. Online: www.latinobarometro.org. (Stand: 20.04.2021).

*Handlin, Samuel: „The Logic of Polarizing Populism: State Crises and Polarization in South America“. In: *American Behavioral Scientist*, 2018, Jg. 62, H. 1, S. 75–91.*

*Salgado, Carolina/Sandrin, Paula: „A ‚Pink Tide‘ Then a ‚Turn to the Right‘: Populism and Extremism in Latin America in the Twenty-First Century“. In: Bettina De Souza Guilherme/Christian Ghymers/Stephany Griffith-Jones/Andreas Ribeiro Hoffmann (Hg.): *Financial Crisis Management and Democracy*. Cham: Springer 2021, S. 265–279.*